



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/132

Bonn, den 11. Juni 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

|                                     |      |
|-------------------------------------|------|
| Verbundwirtschaft im Schuman-Plan   | S. 1 |
| Eine "Danziger Frage" ?             | S. 4 |
| Washington auf hohen Touren         | S. 5 |
| Truppentransporte in der Sowjetzone | S. 7 |

---

## Der Schuman-Plan in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler M.d.B.

### III. Verbundwirtschaft

Der Begriff stammt aus der Energiewirtschaft. Die Netze der Großkraftwerke wurden miteinander verbunden, um sich bei der örtlich und zeitlich verschieden liegenden Spitzenbelastung gegenseitig aushelfen zu können. In der Zeit der Schneeschmelze können die Wasserkraftwerke mehr angespannt werden als in trockenen Zeiten. Die Großstädte haben ihren Spitzenbedarf an Energie zu anderen Zeiten als die Landwirtschaft.

Im Ruhrgebiet wurde der Name Verbundwirtschaft auf einen anderen Sachverhalt übertragen. Kohle und Stahl gingen eine technische und wirtschaftliche Ehe ein. Die Stahlwerke besaßen zum größten Teil ihre eigene Kohlengrundlage. Damit waren sie nicht nur unabhängig von den Marktschwankungen bei der Kohle, sondern konnten auch technisch ihre Betriebe nach ganz anderen Gesichtspunkten gestalten. Gemeinsame Produkte entstanden aus der Ehe von Kohle und Stahl. Ein großer Teil der deutschen Baustoffproduktion auf Schlackengrundlage ist ohne diesen Vorgang nicht denkbar.

Diese technische und wirtschaftliche Verbindung von Kohle und Stahl hat dem Ruhrgebiet einen erheblichen Kostenvorsprung verschafft. Die Industrie liegt ohnehin dort sehr günstig.

Der Rohstoff Erz kann auf dem Wasserwege billig herantransportiert werden. Der günstige Standort und die Verbundwirtschaft haben nicht nur der deutschen Stahlindustrie, sondern der gesamten weiterverarbeitenden Industrie jenen vorteilhaften Kostenausgangspunkt verschafft, der uns unsere Exportleistungen erst ermöglicht. Nicht ohne Grund beobachten viele Länder der Welt den deutschen Wettbewerb mit einiger Sorge für den Absatz ihrer eigenen Güter.

Der Schuman-Plan sieht eine weitgehende Zerschlagung der Verbundwirtschaft vor. Nur die Hälfte der verbleibenden Stahlgesellschaften darf überhaupt Kohle besitzen, und selbst diese Hälfte darf nur drei Viertel ihres Bedarfes aus eigenen Zechen decken. Das bedeutet, daß auf alle Fälle die ganze deutsche Stahlindustrie abhängig ist von der Lage auf dem Kohlenmarkt, während sie bisher weitgehend von ihr unabhängig mit eigenen Zechen wirtschaften konnte. Die ursprüngliche Idee des Schuman-Planes war es, den Verbrauchern möglichst viel billige Kohle und möglichst viel billigen Stahl zu verschaffen. Mindestens für den deutschen Stahl steht jetzt schon fest, daß er durch den Schuman-Plan nicht verbilligt, sondern verteuert wird. Auf lange Sicht bedeutet das auch eine Minderung der Absatzchancen aller aus deutschem Stahl hergestellten Waren. Gleichzeitig bedeutet aber dieser Schritt eine Begünstigung der im Schuman-Plan mit uns im Wettbewerb liegenden französischen Stahlindustrie.

Die Franzosen haben politische Befürchtungen, wenn in Deutschland zuviel Stahl produziert wird. Aus Sicherheitsgründen wollen sie das Schwergewicht der europäischen Stahlerzeugung lieber in Frankreich sehen als in Deutschland. Dieses Sicherheitsbedürfnis ist ein Überbleibsel aus der Gegnervorstellung der beiden Völker zueinander und entspringt der Furcht vor dem deutschen Partner und nicht etwa dem Vertrauen in die gemeinsame Zusammenarbeit und der Erkenntnis, daß der wirkliche Gegner doch viel weiter östlich zu suchen ist. Es hat nichts mit dem Geist echter europäischer Zusammenarbeit zu tun. Statt die Verbundwirtschaft zu beseitigen, hätte man es jedem Land überlassen können, seine eigenen betriebswirtschaftlichen und Eigentumsverhältnisse zu ordnen, wie es ihm richtig erscheint. Wenn man hier den Deutschen bestimmte Vorschriften

macht, dann sind das nicht Vorschriften, um die Zusammenarbeit zu fördern, sondern um den einen Partner zu dämpfen.

Die deutsche Stahlindustrie besitzt nur den einen Rohstoff: die Kohle. Der andere, das Eisenerz, wird im wesentlichen aus Schweden, Spanien, Nordafrika und Frankreich eingeführt. Die deutschen Erze sind arm und reichen auch in der Menge nicht aus. Die französische Stahlindustrie besitzt ihre eigene Eisenerzgrundlage. Dafür hat sie keine Kohlen. Sie kauft die Kohle im Ruhrgebiet, in Frankreich und in Belgien. Der wirtschaftliche Sachverhalt ist genau der gleiche wie in Deutschland: beide Industrien haben einen Rohstoff, den man für die Stahlerzeugung braucht, und müssen den anderen kaufen. Während man bei uns die Verbindung von Stahl und Kohle zerschneidet, denkt niemand daran, die sehr engen Bindungen von Stahl und Eisenerz in Frankreich aufzulösen. Europäische Zusammenarbeit - ja! Aber nicht in der Weise, daß der eine Partner dabei zugunsten der anderen benachteiligt wird. Opfer sollten alle miteinander in gleichem Maße je nach ihrer Leistungsfähigkeit bringen, und vor allem sollte die Zusammenarbeit den europäischen Völkern nützen und ihnen nicht unnötig den für die gesamte Wirtschaft unentbehrlichen Stahl verteuern.

+ + +

Zum Bilde Schumachers

"Ich bin selten einem schärfer blickenden Manne begegnet, der klarer seinen Gesichtspunkt darlegt, besser den Eindruck gibt, lange über die sich stellenden Probleme nachgedacht zu haben, fähiger erscheint, eine Entscheidung zu fällen, nachdem er sorgfältig alle Argumente erwogen hat, und entschlossener ist, nach gefällten Entscheidungen diese auch bis zum Ende durchzusetzen; denn er fügt unbestreitbar der Klarheit seines Geistes einen eisernen Willen hinzu."

Paul-Henri Spaak in "Le Peuple" v.31.5.51

+ + +

Eine "Danziger Frage" ?

Von einem Danziger in Westdeutschland wird uns geschrieben:

Daß die sogenannte Danziger Frage nur scheinbar den Krieg auslöste, ist bekannt. Hitler hätte gegebenenfalls andere Vorwände gesucht und gefunden.

Der "Bund der Danziger", von dem viele nicht mehr als diesen Namen kennen, hatte jetzt zu einer Wahl für eine Danziger Volksvertretung aufgerufen. Danzig sei de jure noch immer eine Freie Stadt mit eigenstaatlichen Rechten und müsse demgemäß eine eigene Volksvertretung haben, so wird argumentiert.

Dem Kreis der Danziger, der diese Abstimmung propagierte, ist von den anderen Ostvertriebenen vorgeworfen worden, er separierte sich vom gesamtdeutschen Schicksal und wollte lediglich für sich "eine eigene Suppe kochen". Der Danziger Kreis, der diese Abstimmung betrieb, behauptet dagegen, durch das Anschneiden der Danziger Frage würde der Gesamtkomplex Oder-Neiße mitangeschnitten.

Dazu ist zu sagen: alle politischen Willensträger des deutschen Volkes - Kommunisten selbstverständlich ausgenommen - haben die Oder-Neiße-Linie nicht anerkannt. Die Forderung nach Rückgabe dieser Gebiete ist ein unabdingbarer Bestandteil jeder deutschen Politik. Danach ist es ein wenig eigenartig, wenn nun eine Gruppe von - wie es scheint - nicht genügend legitimierten Personen, Wahlen veranstaltet. Solche, von Privatpersonen veranstalteten "Wahlen" könnten in der Weltöffentlichkeit als eine Farce gewertet werden und mehr schaden als nützen.

Die sogenannte Vertretung der Danziger hatte behauptet, daß sowohl die Alliierten als auch die Bundesregierung ihrem Tun mit Sympathie gegenüberstünden und es ausdrücklich billigten. Die Bundesregierung hat sich distanziert, und ein Sprecher des amerikanischen Hohen Kommissariats erklärte in Frankfurt, den Alliierten sei nichts von einem Einvernehmen mit dem Bund der Danziger über die Bildung eines Danziger Volkstages als Exilregierung der Danziger bekannt. Man wisse nicht einmal Näheres über den Bund der Danziger.

Es wäre sehr gut, wenn man etwas näher von dem "Bund der Danziger" darüber informiert würde, wer alles hinter ihm steht. Leute, wie dem ehemaligen Gaupropagandaleiter und Nichtdanziger Löbsack, der - nach dem Bericht einer Zeitschrift - jetzt in Hamburg für monatlich 1000 DM schlechte Literatur für Jugendliche fabriziert, werden doch wohl nicht Mitglieder des "Bundes der Danziger" sein dürfen. Die Danziger, die im Februar und März 1945 hungernd und frierend die wochenlange Beschießung Danzigs miterlebten, die zusehen mußten, wie ihre Mütter, Frauen und Schwestern vergewaltigt wurden, die in sowjetische Vernichtungslager kamen oder verschleppt wurden: diese Danziger wären zweifellos für eine Vertretung der Danziger besonders gut geeignet. Niemals indes sollten Männer vom Schlage der Helfershelfer des feige geflüchteten sogenannten Gauleiters Forster unter den Danzigern eine Rolle spielen dürfen. Niemals diejenigen auch, die die verbrecherische Politik des Forster und die Terrormaßnahmen gegen politische Gegner nach besten Kräften unterstützten, Hetzartikel in "Danziger Vorposten" schrieben, und dann sich, ihre Möbel und Wertgegenstände rettend, hunderttausende von Danziger Männern, Frauen und Kindern ihrem furchtbaren Schicksal überließen.

Der Bund der Danziger wäre gut beraten, wenn er seine Mitgliederlisten daraufhin überprüfen würde, ob derartige Elemente sich mit eingeschlichen haben.

+ + +

#### Washington auf hohen Touren

(sp) Es hat den Anschein, als ob die amerikanische Regierung sich in der nächsten Zeit mit erhöhtem Eifer des Ausbaues des westeuropäischen Verteidigungsbeitrages und des atlantischen Defensivsystems annehmen werde. McCloy wird sich einige Wochen in Washington aufhalten, im Mittelpunkt seiner Besprechungen sollen, wie man hört, der geplante direkte militärische Beitrag Deutschlands ebenso eine Rolle spielen, wie die Möglichkeiten einer weitgehenden wirtschaftlichen Hilfestellung. Gewisse Informationen wollen wissen, daß in Spätsommer auf die Bundesregierung ein verstärkter amerikanischer Druck in der Richtung auf eine Klärung aller dieser Fragen vorgenommen werden soll. Bis dahin dürfte auch das endgültige Ergebnis

der Sachverständigen-Beratungen vorliegen.

Wie sehr den Amerikanern an einer beschleunigten Klärung liegt, zeigten zuletzt die kritischen Äußerungen des USA-Stabschefs Bradley über das unzureichende Tempo der westlichen Aufrüstung, die sich übrigens auch auf gewisse Unzulänglichkeiten in den USA selbst bezogen. Außerdem bereist zur Zeit eine amerikanische Kongress-Abordnung Westeuropa, um sich ein genaues Bild von dem Stand der westeuropäischen Bemühungen auf diesem Gebiete zu machen.

Hand in Hand damit gehen die Anstrengungen, auch die Asienpolitik des State Department in eine festere Form zu bringen. Hier war das äußere Zeichen der überraschende Kurzbesuch des amerikanischen Verteidigungsministers Marshall in Korea und Tokio. Sein Ergebnis kann, so wenig im einzelnen darüber bisher offiziell mitgeteilt worden ist, sicher nicht als eine Wendung zu größerer Nachgiebigkeit gegenüber dem nordkoreanisch-chinesischen Gegner gedeutet werden, hinter dem die russische Macht steht.

Die amerikanische Politik ist also im Begriff, in diesen Wochen das Fundament für eine weitere Festigung und Stärkung der eigenen Position in den beiden Teilen der Welt zu legen, die nicht zur eigenen Hemisphäre gehören, in Asien und in Europa. Das setzt ungeheure materielle Kräfte und einen sehr festen politischen Willen voraus. Offenbar glaubt man, über diese beiden unerlässlichen Erfordernisse zu verfügen. Damit werden alle jene Gerüchte, die von einem Nachlassen der amerikanischen Widerstandskraft gegen die sowjetische Weltbedrohung wissen wollten, überzeugend widerlegt.

Das trifft auch dann zu, wenn man annimmt, die sichtbare Betonung einer Politik der starken Hand stehe in einem engen Zusammenhang mit einer psychologischen Vorbereitung der geplanten Viererkonferenz und ihrem bis zur Groteske seltsamen Pariser Auftakt.

+ + +

Wachsende Truppentransporte in der sowjetischen  
Besatzungszone

---

Das Ostbüro der SPD teilt mit :

Seit einigen Monaten macht sich in der sowjetzonalen Eisenbahnverwaltung ein erneut verstärkter Einfluß der sowjetischen Kontrollkommission bemerkbar. In Kreisen der sowjetzonalen Eisenbahn bringt man diese Maßnahme mit den in der letzten Zeit anwachsenden Transporten sowjetischer Truppeneinheiten und den Auftrag zum Ausbau strategischer Linien in Zusammenhang. Die SKK verlangt jetzt vor allem wieder die regelmäßige Berichterstattung über die Personalplanziffern. Versuche der sowjetzonalen Eisenbahnbehörden, durch Rationalisierung eine Unkostensenkung zu erreichen, werden durch die Befehle der SKK zunichte gemacht. Im Februar 1951 wurden etwa 1000 Bahnunterhaltungsarbeiter in einem mitteldeutschen Eisenbahndirektionsbezirk entlassen, weil die Planziffern für das Jahr 1951 erheblich gesenkt worden waren. Die SKK verlangte die sofortige Wiedereinstellung der Arbeiter, um eine fristgemäße Fertigstellung ihrer Befehlsaufträge zu erreichen. Die Erfüllung der Planziffern wurde als nicht wichtig bezeichnet, wenn es sich um sowjetische Aufträge handele. Aus Thüringen und Sachsen-Anhalt werden Truppenverschiebungen großen Ausmaßes gemeldet. Es handelt sich dabei zum großen Teil um die Ablösung der bisher in der Sowjetzone stationierten Verbände durch frische Truppen.

Der Investitionsplan der sogenannten Regierung der DDR für 1951 sieht unter anderem die Mittel für ein Verwaltungsgebäude der National-Demokratischen Partei der Sowjetzone in Höhe von 1,5 Mio. DM-Ost vor. Diese Tatsache muß als ein weiterer Beweis für die Abhängigkeit der NDP von der SEP angesehen werden.

+ + +

Klarstellung:

Der 1. Satz im letzten Absatz unseres Artikels "Teuerungszulagen mit Fußangeln" in der Ausgabe vom 3. Juni, ist durch ein technisches Versehen nicht klar herausgekommen. Es muß heißen:

"Die Regierungsvorlage sieht für Sozialleistungsempfänger einen bestimmten Höchstsatz des Monatseinkommens vor." (D.Red.)

+ + +